

Postulat Fraktion GB/JA! (Natalie Imboden, GB): Wer geht in Bern an die Urne?

Bei den Parlamentswahlen 2007 ist die Stimmbeteiligung national gestiegen. Für die Stadt Bern betrug die Stimmbeteiligung 51.5 Prozent und lag über dem bernischen Wert von 46.4 Prozent. Dieses stärkere Interesse an der Politik ist erfreulich. Interessant sind auch Auswertungen über die Stimmbeteiligung nach Alter und Geschlecht, wie sie von den Städten Luzern¹ und Zürich² inzwischen veröffentlicht wurden. Die Resultate, insbesondere der Zürcher Studie, sind für politisch Interessierte aufschlussreich. Dort werden auch Aussagen über die Stimmbeteiligung nach Aufenthaltsdauer, bei Erstwähler/innen, aber auch nach Einkommen und Vermögen gemacht.

Die Stadt Bern hat Resultate zur Stimmbeteiligung zu den Gemeinderatswahlen ausgewertet.³ Dabei wurden Alter, Geschlecht und Stadtteile, bzw. statistische Bezirke berücksichtigt. Für diese Auswertungen braucht es gewisse Kodierungsangaben auf den Stadt Berner Stimmausweisen, die vorhanden sind. Gemäss Aussagen der statistischen Dienste müssen diese für die Auswertungen jedoch (noch) manuell erfasst werden, so dass aus Aufwandsgründen diese Erfassung nur alle 4 Jahre – im Rahmen der Gemeinderatswahlen – vorgenommen wird.

Bei den Wahlauswertungen in der Stadt Zürich werden maschinenlesbare Codes verwendet, anhand welcher Verknüpfungen beispielsweise mit Einwohnerregister- und Steuerdaten erfolgen. Dementsprechend ist das Auswertungspotenzial wesentlich höher.

Wir bitten daher den Gemeinderat um Prüfung folgender Anliegen:

1. Die Stadt Bern wertet die Stimmbeteiligung von Nationalratswahlen künftig (und auch rückwirkend für 2007) nach Geschlecht, Alter und Stadtteil aus.
2. Die Stadt Bern macht für die Gemeinde- und Nationalratswahlen künftig eine vertiefte Auswertung anhand soziodemografischer Kriterien (u.a. Zivilstand, Aufenthaltsdauer, ökonomischer Status), aufgrund von Einwohnerregister und Steuerdaten, wobei der Einhaltung des Datenschutzes besonders Beachtung geschenkt wird.
3. Die Studien werden der interessierten Öffentlichkeit gegenüber in geeigneter Form publiziert.

Bern, 29. November 2007

Postulat Fraktion GB/JA! (Natalie Imboden, GB), Karin Gasser, Stéphanie Penher, Cristina Anliker-Mansour, Anne Wegmüller, Franziska Schnyder, Lea Bill, Urs Frieden, Daniele Jenni

¹ NZZ 22.11.2007

² Wer geht an die Urne? Soziodemografisches Profil der Wählenden bei den National- und Ständeratswahlen 2007 http://www.stadt-zuerich.ch/internet/stat/home/publikationen/ZurZeit/ZUZ_01_2007.html

³ http://www.bern.ch/leben_in_bern/stadt/statistik/veroeffentlichungen/jahrbuch/17_politik.pdf

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat ist mit den generellen Anliegen des Postulats einverstanden. Es verlangt, dass die Wahlbeteiligung in der Stadt Bern bei Gemeinde- und Nationalratswahlen vertieft analysiert wird und die Resultate einer interessierten Öffentlichkeit adäquat kommuniziert werden.

Bis heute haben die Statistikdienste jeweils eine Grundausswertung der Wahlbeteiligung bei Gemeinderatswahlen nach Geschlecht, Alter und statistischem Bezirk (Wohnquartier) vorgenommen. Im Unterschied dazu publiziert die Stadt Zürich umfangreichere Analysen zur Wahlbeteiligung, die beispielsweise auch die Aufenthaltsdauer, den Zivilstand oder die Einkommens- und Vermögenssituation der Wählenden betrachten und in Relation zu den Wahlberechtigten setzen.

Für die Stadtberner Auswertung wurden bisher die auf den Stimmrechtskarten aufgedruckten Informationen zu Alter, Geschlecht und Volkszählungsquartier der Wählenden nach Ablauf der Einsprachefrist manuell erfasst. Neu ist auf den Stimmrechtskarten auch die in der neuen Einwohnerdatenbank (NEWOD) geführte Personennummer aufgedruckt. In Zukunft soll für die Erstellung der Statistiken zur Wahlbeteiligung in der Stadt Bern diese Nummer maschinell erfasst werden. Abklärungen bei den Informatikdiensten haben ergeben, dass die Stadt Bern über keine Geräte verfügt, mit denen die einzulesenden Karten verarbeitet werden könnten. Es wird deshalb ins Auge gefasst, beispielsweise das Scanning Center des Bundesamts für Informatik und Telekommunikation (BIT) mit der elektronischen Erfassung der Daten zu beauftragen. Für die Gemeindewahlen 2008 ist eine solche Erfassung budgetiert. Die elektronische Erfassung für eine Auswertung der Nationalratswahlen 2011 ist entsprechend zu budgetieren. Eine Erfassung der Nationalratswahlen von 2007 wurde nicht budgetiert und eine Auswertung ist in der Ressourcenplanung der Statistikdienste nicht vorgesehen. Deshalb soll auf eine rückwirkende Erfassung verzichtet werden.

Die erfassten Daten können mit der neuen Einwohnerdatenbank verknüpft werden. Dadurch sind die Auswertungsmöglichkeiten für die Wahlbeteiligung künftig nicht auf die Dimensionen Alter, Geschlecht und Volkszählungsquartier beschränkt. Analysen, die den Zivilstand oder die Aufenthaltsdauer berücksichtigen, werden möglich. Das Verwenden von Steuerdaten zur Berücksichtigung der Einkommens- und Vermögenssituation ist zurzeit bei der kantonalen Steuerverwaltung in Abklärung.

Selbstverständlich wird dem Datenschutz sowohl bei der Erfassung als auch bei der Auswertung der Daten besondere Beachtung geschenkt. Zum Einen werden die Stimmrechtskarten vor der Öffnung der Wahlcouverts entfernt, so dass es nicht möglich ist, das Wahlverhalten von einzelnen Personen zu prüfen. Zum Anderen wird zu berücksichtigen sein, dass die maschinelle Erfassung und die Auswertung der Stimmkarten einer mit den besonderen Erfordernissen an den Datenschutz vertrauten Unternehmung übertragen werden. Dies ist beispielsweise beim Bundesamt für Informatik und Telekommunikation sichergestellt.

Die Statistikdienste verfügen über das notwendige Know-How und die personellen Kapazitäten, um künftig die vertieften Auswertungen bei Gemeinde- und Nationalratswahlen vorzunehmen und die Analysen in Berichtform einer interessierten Öffentlichkeit vorzustellen.

Die künftige Auswertung der Gemeinde- und Nationalratswahlen nach den Anliegen des Postulats kann im Rahmen des ordentlichen Budgets realisiert werden. Nach einer groben Schätzung des Bundesamts für Informatik und Technologie (BIT) fallen pro Wahl für die elektroni-

sche Erfassung Kosten von maximal Fr. 8 000.00 an. Dieser Betrag könnte deutlich unterschritten werden, wenn die maschinelle Verarbeitung erfolgreich und somit manuelles Nacherfassen minimal ist.

Antrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.
2. Die Stellungnahme gilt gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 14. Mai 2008

Der Gemeinderat